

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (022 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Wilhelm Nölling, Hamburgs
Finanzsenator, zu den Pro-
filierungsversuchen der
Unionsländer auf dem Feld
der Finanz- und Haushalts-
politik: Spitzenreiter bei
Ausgabensteigerungen.

Seite 1/2

Hansmartin Simpfendorfer MdB
versucht Klarheit in das Er-
innerungsvermögen des Kanz-
lerkandidaten Strauß zu
bringen: Angebliche Bemü-
hungen.

Seite 3

Hermann Dürr MdB wirft die
Frage auf, ob Heroinabhän-
gige privilegiert werden sol-
len: Ein überlegtes Experi-
ment.

Seite 4

Carlheinz Moesta MdL ent-
larvt die rundfunkpoliti-
sche Strategie der Union:
Von außen unter Druck set-
zen, von innen aufrollen.

Seite 5

Horst Seefeld MdB/MdEP setzt
sich für den Fortbestand von
EUROCONTROL ein: Nicht zer-
stückeln, sondern retten.

Seite 6/7

Dokumentation: Bochumer Er-
klärung des Bundes der So-
zialdemokratischen Parteien
der BRD

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-110
5300 Bonn 2
Telefon: (022 21) 812-1

35. Jahrgang / 123

2. Juli 1980

Spitzenreiter bei Ausgabensteigerungen

Die unionsregierten Länder sitzen im Glashaus und werfen
mit Steinen

Von Dr. Wilhelm Nölling

Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Offensichtlich verlieren führende Politiker aus den CDU/CSU-
regierten Bundesländern angesichts schwindender Aussichten
auf einen Wahlerfolg im Oktober dieses Jahres die Nerven
und versuchen, auf dem Feld der Finanz- und Haushaltspoli-
tik Punkte zu sammeln. Ihre Kritik an der Bundesregierung
schlägt aber unmittelbar auf sie selbst zurück. Insbesondere
der schleswig-holsteinische Ministerpräsident - im Schat-
tenkabinett des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten für die Finanz-
politik verantwortlich - versucht, sich in jüngster Zeit
als Vertreter einer soliden Haushaltspolitik zu profilieren,
indem er fordert, staatliche Ausgaben und öffentliche
Schulden gering zu halten. Nach dem Motto, Angriff ist die
beste Verteidigung, wirft er der Bundesregierung eine
"hemmungslöse Schuldenpolitik" vor.

Dabei übersieht Stoltenberg jedoch, daß er mit dem Stein-
wurf nach draußen sein eigenes Glashaus in Trümmer legt:
Während er nämlich von der Bundesregierung fordert, die
Netto-Kreditaufnahme durch Abstriche auf der Ausgabenseite
in Grenzen zu halten, nahmen zum Beispiel in Schleswig-Hol-
stein, wo Ministerpräsident Stoltenberg letztlich für das
Haushaltsgebaren verantwortlich ist, die Gesamtausgaben in
1979 im Vergleich zum Vorjahr um 10,4 Prozent zu. Die Zu-
wachsrate im Durchschnitt aller Bundesländer betragen dage-
gen nur 6,6 Prozent und beim Bundeshaushalt 7,3 Prozent.
Dabei findet sich das nördliche Bundesland in schlechter
Gesellschaft mit den ebenfalls von der CDU beziehungsweise
CSU regierten Ländern Bayern und Baden-Württemberg, die im
vergangenen Jahr ihre Ausgaben um 10,4 beziehungsweise 10,3



Prozent steigerten. Insgesamt nahmen in den Bundesländern, in denen Sozialdemokraten die Regierungsverantwortung tragen, im Jahre 1979 die Ausgaben um 7,3 Prozent zu; dagegen ließen die Landtage mit CDU beziehungsweise CSU-Mehrheit einschließlich des Saarlandes es zu, daß die Ausgaben um 9,3 Prozent erhöht wurden.

Daß die Ursache für diese überdurchschnittlichen Zuwachsraten nicht bei kostenträchtigen Bundesgesetzen, für die vor allem die Länder zahlen müssen, liegen kann, ergibt sich daraus, daß offensichtlich andere Bundesländer besser in der Lage sind, ihren Finanzverpflichtungen im föderativen Verbund nachzukommen und zugleich den Anstieg der Ausgaben in Grenzen zu halten.

In Hamburg zum Beispiel wurden im Jahre 1979 lediglich 3,2 Prozent mehr als im Vorjahr ausgegeben. In Hessen und Nordrhein-Westfalen lagen die Zuwachsraten mit 8,2 Prozent ebenfalls unter dem Durchschnitt der Bundesländer und den Zahlen für die CDU/CSU-Spitzenreiter.

So wollen die Kritiker der Bundesregierung ihre Forderung, gerade in einer Situation wirtschaftlicher Gesundung müsse die während der Rezession notwendige Verschuldung abgebaut werden, für ihre eigene Haushaltspolitik nicht gelten lassen. Dieser Widerspruch zwischen Kritik am politischen Gegner und eigenem Handel zeigt sich auch an der Kreditfinanzierungsquote - dem Anteil der kreditfinanzierten Ausgaben an den Gesamtausgaben. Sie lag im letzten Jahr im Durchschnitt aller Bundesländer bei 7,0 Prozent; Schleswig-Holstein bezahlte dagegen 9,1 Prozent seiner Ausgaben per Schuldenaufnahme. Auch der niedersächsischen Landesregierung hätte angesichts einer Kreditfinanzierungsquote von 9,2 Prozent eine Zunahme der Gesamtausgaben von deutlich unter 8,3 Prozent sicher gut zu Gesicht gestanden. Und die finanzpolitisch Verantwortlichen in Baden-Württemberg werden sich nach ihren Ausfällen gegen die Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung fragen lassen müssen, warum sie die zweithöchste Ausgabensteigerung unter den Bundesländern (+ 10,3 Prozent) zugelassen haben, zu einer Zeit, als sie immerhin 6,7 Prozent der Ausgaben - also nur unerheblich weniger als im Durchschnitt der Länder - durch Kreditaufnahme finanzieren mußten.

Es ist zu hoffen, daß die CDU/CSU-regierten Länder wieder auf den Weg finanz- und haushaltspolitischer Solidität zurückfinden und endlich damit aufhören, den Wähler mit nachweislich unlauteren Argumenten in die Irre zu führen.

(2.7.1980/va-he/ca)



Angebliche Bemühungen

Zum Erinnerungsvermögen des Kanzlerkandidaten der Union F.J. Strauß

Von Hansmartin Simpfendörfer MdB

Stellvertretendes Mitglied des Agrarausschusses des Deutschen Bundestages

Der Kanzlerkandidat der CDU/CSU Franz Josef Strauß hat schon 1976 in der ZDF-Sendung "Bilanz" auf angebliche Versuche verwiesen, die er bei der Konferenz der EG-Finanzminister am 13./14. Januar 1969 in Garmisch-Partenkirchen unternommen haben wollte, das System der Agrarfinanzierung zu reformieren. Er ist neuerdings darauf zurückgekommen, und zwar in der ZDF-Sendung "Bilanz" vom 11. Juni 1980 und im Dritten Programm des Bayerischen Rundfunks am 13. Juni 1980. Die Zitate lauten:

"Ich habe noch in meinem letzten Jahr als Bundesfinanzminister in der Europäischen Finanzministerkonferenz im Januar 1969 auf die Entwicklung der Agrarfinanzen, auf die kommenden Belastungen und auf die notwendigen Reformen hingewiesen. Aber man hat ja dann nicht auf uns gehört."

"Strauß: Ich gebe Ihnen ja völlig recht, aber ich schicke Ihnen das Protokoll der...

Burkhart: Ja, ich zweifle ja nicht daran, was Sie da gesagt haben.

Strauß: ... Finanzministerkonferenz vom Januar 1969, vom Januar."

Wenn sich ein ehemaliger Bundesminister der Finanzen darauf beruft, was er gesagt und getan habe und auch noch das Angebot macht, das Protokoll der entsprechenden EG-Finanzministerkonferenz zuzusenden, dann klingt das sehr glaubwürdig.

Wehe, wenn man von dem Angebot Gebrauch macht und mit Hilfe des Protokolls nachprüft, was am 13./14. Januar 1969 in Garmisch-Partenkirchen beredet wurde!

Man stellt mit Staunen fest: Nichts von dem, was Herr Strauß gesagt haben will, hat er dort gesagt.

Sein Gedächtnis läßt ihn nunmehr seit vier Jahren ständig im Stich. Er sollte sich endlich Klarheit darüber verschaffen, wo er seine wirklichen Beiträge zur Reform der Agrarfinanzierung geleistet hat und sollte uns glaubwürdige Dokumente dafür zugänglich machen.

Es grenze an Geschichtsfälschung, wenn Herr Strauß die Problematik der Agrarfinanzierung der sozialliberalen Koalition in die Schuhe schieben will. Die europäische Agrarmarktordnung ist in den europäischen Verträgen von Rom in ihren wesentlichen Strukturen festgelegt. 1962 wurden die ersten Marktordnungen eingeführt, und zwar in der umfassendsten Form, nämlich der europäischen Marktorganisation. Bereits 1962 wurde das Prinzip der Gemeinschaftsfinanzierung in der VO Nr. 1925 beschlossen. Zu Beginn der sozialliberalen Koalition 1969 waren alle kostenträchtigen Marktordnungen mit ihrer gemeinschaftlichen Finanzierung beschlossen und in Kraft getreten. In den ersten Wochen der Regierung der sozialliberalen Koalition zum Jahresende 1969/70 war in Brüssel daher nicht mehr über die Ausgabenseite des EG-Haushaltes, sondern ausschließlich über die Einnahmeseite, also die eigenen Einnahmen der EG zu entscheiden. Auch dies waren weitgehend vorprogrammierte Beschlüsse, weil die Finanzierungsstruktur, insbesondere die Zölle und Abschöpfungen, schon im EG-Vertrag (Artikel 201) und in der VO Nr. 25/62 festgelegt waren.
(-/2.7.1980/vo-he/ca)



Ein Überlegtes Experiment

Sollen Heroinabhängige privilegiert werden?

Von Hermann Dürr MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagesfraktion

Soweit die Öffentlichkeit von den im Bundestag verabschiedeten Bestimmungen des neuen Betäubungsmittelrechts bisher überhaupt Kenntnis genommen hat, wird nur eine Frage daraus kontrovers diskutiert. Soll von Strafverfolgung abgesehen werden können, wenn sich ein Drogenabhängiger in Therapie begibt? Oder würde eine solche Bestimmung Junkies anderen Straftätern gegenüber unzulässig privilegieren?

Der Gesetzesbeschluß des Bundestages enthält keine Bestimmung, mit deren Hilfe ein Drogenabhängiger erreichen könnte, daß nach dem bloßen Aussprechen des Zauberworts "Ich bin zur Therapie bereit" das Verfahren eingestellt wird und die Akten zugeklappt werden. In Paragraph 31 c steht nur, daß von Verfolgung abgesehen werden kann, wenn der Beschuldigte nachweist, daß er bereits in therapeutischer Behandlung ist. Eine solche Vorschrift ist schon deshalb richtig und nötig, weil ein Herausreißen aus der Therapie und Einsperren in die Untersuchungshaft zumindest dann sinnlos ist, wenn jeder Vernünftige klar sieht, daß nach der Hauptverhandlung der Abhängige erneut in Therapie gebracht werden soll.

Die Bestimmung kann aber über diesen Teilbereich hinaus zu einer wirksamen goldenen Brücke werden. Ein Drogenberater kann einen Abhängigen leichter dazu bewegen, in Therapie zu gehen, wenn er ihm in Aussicht stellen kann, daß dann ein möglicherweise auf ihn zukommendes Strafverfahren eingestellt werden könnte. Wenn es diese goldene Brücke nicht gibt, wird der Heroinabhängige mit größter Wahrscheinlichkeit jeden Rat in den Wind schlagen, auf sein Glück vertrauen und hoffen, die Polizei werde ihn schon nicht so bald erwischen. Denn er kann auch dann - zumindest als Ersttäter - hoffen, daß er Bewährung mit Therapieauflage erhält oder daß die Strafvollstreckung zurückgestellt wird.

Nur wenn der Abhängige damit rechnen kann, daß sein freiwilliger Entschluß zur Therapie "honoriert" wird, wird er diesen Weg gehen, aus der Drogenszene aussteigen und Beratern, Polizei, Staatsanwälten und Gerichten viel Arbeit ersparen.

Zugegeben, der Paragraph 31 c ist ein Experiment, aber ein wohl überlegtes. Es wäre erfreulich, wenn der Bundesrat auch dafür grünes Licht geben würde.

(-/2.7.1980/hl/ca)



Von außen unter Druck setzen, von innen aufrollen...

Die rundfunkpolitische Doppelstrategie der Union wird entlarvt

Von Dr. Carlheinz Moesta MdL

Mitglied des Rundfunkrats des Südwestfunks,

Mitglied der Medienkommission des Vorstands der SPD

Die öffentlich-rechtliche Rundfunkordnung in der Bundesrepublik wird durch eine offensiv erscheinende, aber nichts destoweniger unerbittlich zielstrebige Rundfunkpolitik der CDU bedroht. Seit die Allensbacher Norne Moelle-Neumann der Union weisgewacht hat, die Rückeroberung der Nacht im Bund führe über den Bildschirm, haben die CDU-Medienpolitiker zum Zangenangriff auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk angesetzt. In einer Art Doppelstrategie sollen die Anstalten von außen unter Druck gesetzt und von innen aufgerollt werden.

Stellt schon die Absicht, den Südwestfunk in Rheinland-Pfalz mittels einer neuen, von Privaten in eigener Programmverantwortung betriebenen Kabelrundfunkanstalten zu konkurrenzieren, eine politische Herausforderung dar, so kann die Forderung der Landesregierung in Mainz, dieses Unternehmen auch noch mit Mitteln der öffentlich-rechtlichen Rundfunkgebühren zu finanzieren, den Südwestfunk also in seinen Einnahmen zu beschneiden, nur als rundfunkpolitische Kriegserklärung verstanden werden. Ein Herumfummeln am Staatsvertrag über die Rundfunkgebühren und am Finanzausgleich zwischen den Anstalten kann überdies leicht in ein Spiel mit dem Feuer ausarten.

Mit Scham hat es wirklich nichts zu tun, wenn zugleich der Versuch unternommen wird, wichtige Posten in den öffentlich-rechtlichen Anstalten, die bisher nicht von Parteigängern besetzt waren, für das Unionslager zu requirieren. Das gilt in diesen Tagen für die Ämter des Fernseh-Chefredakteurs beim Südwestfunk und des Chefredakteurs bei ARD-Aktuell. Rolf Mühlfenzl, profilierter CSU-Rundfunkjournalist, soll den für einen Münchener beschwerlichen Umzug nach Hamburg auf sich nehmen, um dort als Stimme seines Landes präsent zu sein.

Nur für eigenwillige Ansichten bekannte niedersächsische Kultusminister Werner Remmers (CDU) hat dieser Tage seine eigene Partei aufgerufen, ihre Rundfunkpolitik selbstkritisch zu überdenken. Im Blick auf die Rundfunklandschaft im Norden meinte er, alle Beteiligten müßten Augenmaß zeigen und dürften sich nichts Unzumutbares abverlangen. Im Südwesten und Süden hat sich ein solcher Ruf zur Vernunft bislang nicht vernehmen lassen.

Aussicht auf Gehör ist auch kaum vorhanden, denn die Medienpolitik der Union ist schon eine krause Sache. So hat die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden-Konferenz der Länder am vergangenen Wochenende in Hamburg beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die bis zur nächsten Konferenz vom 19./21. November 1980 in Saarbrücken "Medienpolitische Leitlinien" erarbeiten soll. Offensichtlich hat man zwar keine Grundsätze, aber man weiß, was man will...

(-/2.7.1980/ks/ca)

+ + +



Nicht zerstückeln, sondern retten

Die EUROCONTROL-Organisation muß erhalten bleiben

Von Horst Seefeld MdB/MdEP

Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Europäischen Parlament

Bereits im Oktober 1978 erklärte Werner Utter, Vorstandsmitglied der Lufthansa, daß auch seine Fluggesellschaft nicht länger bereit sei, "Mängel der Flugsicherung hinzunehmen", die in den vergangenen Jahren zu immer größeren Verspätungen ihrer Flugzeuge geführt hätten. Dieser Luftfahrtexperte und Praktiker äußerte die Befürchtung, daß der gesamte europäische Luftverkehr in den folgenden fünf Jahren zusammenbrechen werde, wenn es nicht gelänge, "die Engpässe der Flugsicherung" zu überwinden. Dabei wurden die unzureichende Zusammenarbeit der nationalen Flugsicherung genauso beklagt wie die Tatsache, daß es aufgrund der vielfach verteilten Zuständigkeiten bisher nicht gelungen sei, "mit großräumigem Überblick die Lenkung von Verkehrsströmen zu optimieren".

Utter, einer der wichtigsten und kompetentesten Verantwortlichen der Deutschen Lufthansa wurde dann deutlich. Nach seiner Meinung bietet sich die in den Hintergrund gedrängte Organisation "EUROCONTROL" für die Aufgabe an, ein europäisches Flugsicherungskonzept für die Zukunft zu schaffen.

Am 13. Dezember 1960 wurde von der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Luxemburg und den Niederlanden das Internationale Abkommen über die Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt EUROCONTROL unterzeichnet. Am 1. März 1963 trat diese Vereinbarung in Kraft. Später schloß sich auch Irland EUROCONTROL an und war damit das 7. Mitgliedsland dieser Organisation. Von den neun EG-Staaten fehlen also nur Dänemark und Italien.

In einer Schrift, die von EUROCONTROL herausgegeben wurde, steht geschrieben, daß für die Gründung der Organisation vor allem die grundlegende Änderung der Verhältnisse in der Luftfahrt maßgebend war. "Höhere Fluggeschwindigkeiten, zunehmende Verkehrsdichte zusammen mit bedeutenden Fortschritten in der Luftfahrttechnik, dazu immer stärkere Verflechtung der Industriestaaten Westeuropas, alles sprach für ein gemeinsames Vorgehen der Staaten bei der Organisation der Kontrolle des Flugverkehrs in großen Höhen."

Man müßte annehmen, daß mit EUROCONTROL nicht nur eine ideale Organisation geschaffen wurde, sondern in dieser oder ähnlicher Form auch für andere Bereiche ein Anreiz



gegeben sein müßte, so eng wie überhaupt nur möglich innerhalb des kleinen Raumes Europa zusammenzuarbeiten. Weit gefehlt! Franzosen und Engländer waren nicht bereit, bestimmte Aufgaben an EUROCONTROL zu übertragen und auch in den Niederlanden hatte man im Laufe der Zeit ein eigenes Zentrum neben der EUROCONTROL-Zentrale in Maastricht aufgebaut. Nach einigen Jahren verheißungsvoller Entwicklung sind der Organisation EUROCONTROL - wie es die Gewerkschaftsorganisation Union Syndicale, Service Public Europeen im April dieses Jahres in Brüssel bemängelt - nach und nach ihre Aufgaben systematisch entzogen worden. In einer Petition an die Staats- und Regierungschefs stellen die Gewerkschafter fest: "Von der Organisation EUROCONTROL errichtete Flugverkehrskontrollzentralen werden nationalisiert und zum Teil sogar abgebaut, bevor sie überhaupt alle ursprünglich vorgesehenen Aufgaben übernehmen konnten. Neu entstandene Aufgaben, wie zum Beispiel die Verkehrsflußregelung, die ihrer Art nach eine koordinierte, europäische Planung erfordern, werden vorzugsweise nationalen Stellen übertragen. Die Zerstückelung des Luftraums verteuert die Flugverkehrskontrolle und beeinträchtigt die Sicherheit der Luftfahrt. In einer Zeit beträchtlicher Verkehrszunahme und steigender Betriebs- und insbesondere Energiekosten wird EUROCONTROL dringender gebraucht als je zuvor; die Zukunft der Organisation müßte daher auf die Tagesordnung eines jeden Europäischen Rates gesetzt werden."

Im Jahre 1983 läuft das bestehende EUROCONTROL-Abkommen aus. Im Europäischen Parlament hat man sich seit Jahren große Sorgen darüber gemacht, was nach 1983 kommen könnte. Die Europaparlamentarier forderten deshalb mehr als einmal das EUROCONTROL nicht zerstückelt, sondern gerettet werden muß. Allein zweimal in diesem Jahr sind bei Anhörungen des Verkehrsausschusses im Europäischen Parlament Vertreter von EUROCONTROL zugegen gewesen und haben den Parlamentariern Rede und Antwort gestanden. In Kürze wird ein Bericht des Verkehrsausschusses dem Plenum vorliegen, der sicherlich - ohne dem Berichtstatter vorgreifen zu wollen - mit der Tendenz enden wird: Alles zu tun, um EUROCONTROL für Europa zu retten.

Bei vielen, die sich Sorge um die Zukunft von EUROCONTROL machen, ist inzwischen mit Genugtuung zur Kenntnis genommen worden, daß in den Ländern, die der EG beitreten wollen (Griechenland, Spanien, Portugal) Interesse an einer Mitarbeit bei EUROCONTROL besteht. So kommt nicht von ungefähr die Forderung, sorgfältig zu prüfen, ob EUROCONTROL in die Kompetenz der Europäischen Gemeinschaft übernommen und damit ein Bestandteil einer zu entwickelnden europäischen Luftverkehrspolitik werden soll und kann. Bei einem Hearing über die künftige Luftverkehrspolitik innerhalb der EG ist darüber hinaus von mehreren Experten - insbesondere auch von den Vertretern der IATA - der Ausbau von EUROCONTROL zu einer europäischen Organisation gefordert worden. Den Fachleuten und den Europapolitikern ist klar, daß mit der Verwaltung und der Kontrolle des Flugverkehrs in Europa auf der Grundlage eines einheitlichen, koordinierten Systems EUROCONTROL betraut werden sollte. Diese Organisation hätte unter der parlamentarischen Aufsicht des Europa-Parlaments eine große Chance. Bleibt zu hoffen, daß diejenigen, die noch immer Verfechter einer ausschließlich nationalen Flugsicherung sind oder die für die strikte Trennung von ziviler und militärischer Flugsicherung eintreten, in der Minderheit bleiben und sich die Vernunft durchsetzt. Vernunft heißt: Ja zu EUROCONTROL. (-/2.7.1980/bgy/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Am 30. Juni und 1. Juli 1980 trat das Büro des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft in Bochum zusammen, um angesichts der verschärften Krisen in der Welt die politischen und wirtschaftlichen Probleme der Völker der Gemeinschaft zu diskutieren. Wir dokumentieren die dort verabschiedete Erklärung.

Bochumer Erklärung

Angriffe auf die Rechte der Völker und gegen die Menschenrechte, Hungerkatastrophen und gewaltsame Auseinandersetzungen in der Dritten Welt, Arbeitslosigkeit und Inflation in den modernen Industriestaaten schaffen eine gefährliche internationale Situation. Die Lage der entwickelten Industrieländer läßt das Aufkommen einer allgemeinen Rezession befürchten, die in den Entwicklungsländern noch dadurch verstärkt wird, daß diese unter der Erhöhung der Erdölpreise und der Verschlechterung der Handelsbedingungen zu leiden haben.

Die zunehmende Spannung zwischen Ost und West, die Invasion und Besetzung Afghanistans, fügt dem Prozeß der Entspannung schweren Schaden zu, der für Europa und für die Hoffnung aller Menschen entscheidende Bedeutung hat. In diesem Zusammenhang begrüßt das Büro die Initiative des Bundeskanzlers. Sein Besuch in Moskau trägt dazu bei, die Aussicht einer Umkehrung dieser gefährlichen Entwicklungen zu halten.

1. Die Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit von 1979 und die Aussichten für 1980 und 1981 sind für die Europäische Gemeinschaft sehr besorgniserregend; Anstieg der Arbeitslosigkeit, Verschärfung des Inflationsdrucks, Defizit in den Zahlungsbilanzen. Angesichts dieses Trends stellt die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ein Ergebnis der positiven Politik unter der Leitung der SPD dar. In dieser Politik verbindet sich der Kampf gegen die Inflation mit einer wirksamen Sozialpolitik unter voller Einbeziehung der Gewerkschaften.

2. Um so beklagenswerter ist es, daß sich der Europäische Rat in Venedig insbesondere im Hinblick auf den Weltwirtschaftsgipfel auf vage Andeutung über die Mittel beschränkt hat, mit denen er die Probleme angehen will. Die Sozialisten prangern die Tatsache an, daß er der Inflationsbekämpfung mit kurzfristigen budgetären und monetaristischen Instrumenten Vorrang eingeräumt hat, taub gegenüber den Vorschlägen des Europäischen Gewerkschaftsbundes für eine konzertierte Aktion der europäischen Länder zur Verbesserung der Beschäftigungslage, daß er ferner keinerlei konkreten Vorschlag gemacht hat, um das Ungleichgewicht des internationalen Währungssystems auszugleichen und den Nord-Süd-Dialog wieder in Gang zu bringen.

3. Wir sind besorgt darüber, daß sich der Europäische Rat nicht über die Notwendigkeit geäußert hat, kurzfristig einen Durchbruch im Nord-Süd-Dialog zu erzielen, um diesen aus der Sackgasse herauszuholen. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die Sondersitzung der UN-Vollversammlung im August. Eine kräftige Unterstützung durch die EG-Organe ist für die sich auf den Brandt-Bericht stützende Initiative Mexikos und Österreichs zu wünschen, wonach eine Gipfelkonferenz der führenden Politiker aus Industrie- und Entwicklungsländern einberufen werden soll. Die Mitgliedstaaten, die an dieser Gipfelkonferenz teilnehmen, müssen mit einer Unterstützung der Gemeinschaft rechnen können. Nur so kann von Europa aus dem Nord-Süd-Verhältnis wieder eine konkrete politische Dimension verliehen werden.

4. Dieses Fehlen einer Initiative im wirtschaftlichen und sozialen Bereich droht über kurz oder lang die bereits bestehenden Wirtschaftsdivergenzen zwischen den Mitgliedsländern zu vergrößern und so die Lösung der Gemeinschaftsprobleme noch zu erschweren. Der Brüsseler Kompromiß hat zwar vorübergehend einen Ausweg aus der Sackgasse ermöglicht, in der sich die Gemeinschaft befand, kann aber für ihre Zukunft keinesfalls als beispielhaft angesehen werden.



5. Das Büro bekräftigt die Unterstützung der demokratischen Sozialisten in Europa für die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft und für die Fortsetzung der Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten entsprechend den Modalitäten und dem Zeitplan, wie sie für jedes Land festgelegt worden sind. So kann in den Verhandlungen die Prüfung der wirtschaftlichen Bedingungen und der Etappen der Erweiterung im Interesse aller beteiligten Länder erfolgreich durchgeführt werden.

6. Der Bund der Sozialdemokratischen Parteien hält große Stücke auf die Kontakte, die durch die Sozialistische Internationale mit den iranischen Behörden hergestellt wurden. Der Bund möchte in der iranischen Revolution unbedingt den Kampf des iranischen Volkes um die Gewinnung und Erneuerung der eigenen Identität nach der Unterdrückung durch das Schah-Regime erkennen. Gleichzeitig muß gesagt werden, daß die Freilassung der seit November letzten Jahres unter Verstoß gegen das Völkerrecht festgehaltenen Geiseln nicht nur für die Betroffenen und ihre Familien von großer Bedeutung ist. Auch die Belange des Iran selbst und der Weltfriede werden durch die Geiselnahme bedroht. Die Mitgliedsparteien des Bundes hoffen auf eine Fortsetzung der begonnenen Kontakte zwischen der Sozialistischen Internationalen und politischen Kräften im Iran und werden dazu nach besten Kräften beitragen.

7. Der Bund der Sozialdemokratischen Parteien bedauert, daß die Erklärung der neun Regierungen auf dem Europäischen Rat vom 12./13. Juni in Venedig sowohl in Israel als auch bei den Palästinensern ablehnende Reaktionen ausgelöst hat.

In der jüngsten Vergangenheit hat auf beiden Seiten eine Eskalation von Gewalttaten stattgefunden. Die Sozialdemokratischen Parteien in Europa haben Verständnis für die große Unruhe, die in Israel wegen der Beschlüsse des jüngsten El-Fatah-Kongresses in Damaskus entstanden ist. Die Siedlungspolitik der Regierung Begin und die Ausweisung der Bürgermeister der Westbank sind ein Hindernis für die friedliche Regelung im Nahen Osten. Alle Betroffenen müssen sich bewußt werden, daß durch die Anwendung von Gewalt und Terror neue Chancen zur Schaffung einer dauerhaften Friedensregelung in der Region bedroht werden. In diesem Rahmen müssen das Recht Israels auf eine Existenz innerhalb gesicherter Grenzen und das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung bekräftigt werden.

8. Die Mitgliedsparteien des Bundes sind tief besorgt über die jüngste Entwicklung in Südafrika und verurteilen das dortige rassistische Regime. Die Politik des Westens sollte der beeindruckenden Erklärung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) über die Verurteilung der Apartheid-Politik und für effektive Wirtschaftsaanktionen gegen Südafrika mit Einbeziehung eines Ölembargos Rechnung tragen.

9. Die Sozialisten fordern, daß der Prozeß einer tiefgreifenden Umgestaltung der Europäischen Gemeinschaft sofort in Gang gesetzt wird. Eine Umgestaltung ist insbesondere erforderlich für:

- die angemessene Anpassung der gemeinsamen Agrarpolitik auf der Grundlage der Prinzipien, wie sie in den Römischen Verträgen festgelegt sind,
- die Entwicklung anderer wesentlicher Politiken der EG, insbesondere der Regional-, Sozial- und Industriepolitik und
- die Entwicklung einer echten Energiepolitik, die eine größere Autonomie und Versorgungssicherheit der Gemeinschaft im Energiebereich gewährleistet. Sie müßte auf einer Komplementarität der Energieträger in den Mitgliedsländern unter besonderer Berücksichtigung der Kohle und auf Solidarität im Bereich der Forschung und der Industriepolitik insbesondere bei der rationellen Energienutzung und der Entwicklung von alternativen und nicht zerstörbaren Energiequellen beruhen.

Diese Politiken erfordern eine Erhöhung und rationellere Ausnutzung der Gemeinschaftsressourcen und die Einführung von Programmelementen.

Weit entfernt davon, den Freihandelscharakter der gegenwärtigen Gemeinschaft noch zu verstärken, müssen diese Reformen im Gegenteil die Identität und die Unabhängigkeit der Gemeinschaft unter Respektierung der spezifischen Wirtschaftslage und der prioritären Anliegen jedes einzelnen Mitgliedslandes verstärken. (-/2.7.1980/vo-he/ca)

